

nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Afrikanische Flüchtlinge drängen nach Europa

Hans-Ulrich Helfer

Die sogenannte zentrale Mittelmeer-Route über Libyen und Tunesien via Lampedusa nach Malta und Italien ist die wichtigste für Flüchtlinge aus Afrika. Im nahen Hinterland der Küste halten sich bereits Tausende angereiste Flüchtlinge aus Eritrea und den Subsahara-Staaten auf und warten mittels Schlepper auf die gefährliche Seereise. Geheimdienste gehen davon aus, dass aus den Subsahara-Staaten Millionen Richtung Europa unterwegs sind.

Schutzsuchender konfrontiert ist. In der Überzeugung, dass eine solche Herausforderung nur im gegenseitigen Einvernehmen aller staatlichen Ebenen zu meistern ist, haben die involvierten staatlichen Gremien gemeinsam die Eckwerte einer Notfallplanung definiert.

Drei Szenarien als Planungsgrundlage

Weil sich die Entwicklung der Lage nicht voraussagen lässt, orientiert sich die Notfallplanung an drei Szenarien. Diese ge-

Lampedusa

Lampedusa ist die grösste der drei Pelagischen Inseln im Mittelmeer zwischen Tunesien und Sizilien. Sie ist rund 205 Kilometer von Sizilien und rund 130 Kilometer von Tunesien sowie 160 km von Malta entfernt. Die Fläche beträgt etwa 20 km². Die 9 km lange und bis zu 3 km breite Insel erstreckt sich in Ost-West-Richtung. Die Nordküste ist geprägt von steilen Klippen, an der Südküste befinden sich mehrere Buchten mit Sandstränden. Es wohnen etwa 4'500 Menschen dauerhaft auf Lampedusa, in der Hauptreisezeit allerdings zeitweilig bis zu 10'000. Die Bewohner leben vom Tourismus, vom Fischfang und von der Produktion von Fischkonserven. Aus der Schweiz erreicht man Lampedusa am einfachsten über einen Charterflug aus Norditalien oder via Malta mit Schiff oder Kleinflugzeug. Probleme gibt es bei der Einreise keine, Touristen sind willkommen, Journalisten eher nicht. Das schon bei vielen Interessierten bekannte Lampedusa wird in Zukunft berühmt berüchtigte Bekanntheit erlangen.

Schweiz: Notfallplanung Asyl

Mitte April gab das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in Bern bekannt:

"Es ist nicht auszuschliessen, dass die Schweiz infolge veränderter Migrationsrouten im Laufe der nächsten Wochen oder Monaten mit einer hohen Anzahl



Die Geheimdienste Frankreichs gehen davon aus, dass sich in Afrika über 50 Millionen Menschen Richtung Europa bewegen. © Bild: fotolia.de; Nr. 84313289; Graphithèque

hen von folgenden Annahmen aus: Szenario 1: Es gehen 10'000 Asylgesuche in 30 Tagen ein. Szenario 2: Es gehen während dreier Monate je 10'000 Asylgesuche ein. Szenario 3: Es kommt innert weniger Tage zu 30'000 irregulären Grenzübertritten. Oberstes Ziel der gemeinsamen Notfallplanung ist es, auch im Falle eines raschen und starken Anstiegs der Asylgesuche alle Asylsuchenden registrieren und überprüfen zu können, bevor sie in die Kantone verteilt werden. Zudem müssen alle Asylsuchenden untergebracht und betreut werden können. Die Eckwerte der Notfallplanung klären, wer welche Aufgaben übernimmt. Dabei waren sich die Beteiligten einig, dass die geltende Regelung der Kompetenzen und die übliche Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Partnern auf den drei staatlichen Ebenen grundsätzlich beibehalten werden können.

Klare Aufgabenteilung

Gemäss den Eckwerten der Notfallplanung bleibt der Bund für die Registrierung, Erstunterbringung sowie die Durchführung der Asylverfahren zuständig. Er soll schwach begründete Asylgesuche und Dublin-Fälle weiterhin prioritär entscheiden. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) erhöht für die Erfüllung seiner Aufgaben die Unterbringungskapazität von heute rund 4'600 auf 6'000 Plätze, vorab mit militärischen Anlagen oder eigenen zivilen Objekten, in Szenario 3 auf bis zu 9'000 Plätze. Das SEM und das VBS sorgen also grundsätzlich selber für die Erstunterbringung und verzichten zugunsten der Kantone grundsätzlich auf die Unterbringung von Asylsuchenden in Zivilschutzanlagen. Letztere können von den Kantonen in Betrieb genommen werden - notfalls gestützt auf die entsprechende Requisitionsverordnung. Die Kantone können dem Bund aber im Bedarfsfall Zivilschutzanlagen überlassen, so wie der Bund den Kantonen jene militärischen Anlagen zur Nutzung überlassen kann, die er selbst nicht braucht.

Die Kantone stellen die Unterbringung und Betreuung der vom SEM zugewiesenen Asylsuchenden sicher. Weiter sorgen sie dafür, dass abgewiesene Asylsuchende ausreisen oder in ihren Herkunftsstaat zurückgeführt werden. Sie betreiben ihre eigene, kantonale Notfallplanung, setzen kantonale Führungsstäbe ein und unterstützen nach Möglichkeit mit ihren Polizeikörpern das GWK bei aussergewöhnlich grossen Flüchtlingsbewegungen.

Das GWK verstärkt bei Bedarf die Kontrolle der Landesgrenzen in neuralgischen Abschnitten, sorgt für die Umsetzung



Der Autor Hans-Ulrich Helfer, von 1976 bis 1983 Staatsschutzbeamter, 1983 Gründer Presdok AG, von 1995 bis 2000 FDP-Gemeinderat von Zürich. Berater von staatlichen Institutionen, Firmen, Anwaltskanzleien sowie namhaften Persönlichkeiten. Siehe www.presdok.ch

der Rückübernahmeabkommen mit den Nachbarstaaten und unterstützt das SEM bei der Registrierung von Asylsuchenden. Das VBS seinerseits unterstützt das SEM bei der Suche und Bereitstellung geeigneter Asylunterkünfte. Ausserdem unterstützt das VBS nötigenfalls das GWK, das SEM und weitere Behörden mit bis zu 2'000 Armeeangehörigen und Material, insbesondere in den Bereichen Logistik, Bau, Transport und Verkehr. Ein entsprechender subsidiärer Einsatz müsste bei Bedarf vom Bundesrat beschlossen werden." (EJPD)

Kein Aktions-Plan Flüchtlinge

Im Moment verfügt Europa und die Schweiz über keinen umfassenden Aktions-Plan gegen Flüchtlinge. Ohne einen solchen wird sich die Situation nicht verbessern.

Ursachenbekämpfung

Die internationale Gemeinschaft, und ganz besonders die EU, haben in den letzten Jahren über die Flüchtlings-Ursachen hinweg geschaut und sich nicht um Ursachenbekämpfung gekümmert. Dies hat viele Gründe. Ohne die Akteure des Islamischen Staates (IS) wirkungsvoll zu bekämpfen, Krisen-Regionen zu befrieden und die wirtschaftliche Armut vor Ort zu verbessern, werden die Flüchtlingsströme nach Europa nicht ab-, sondern weiter zunehmen. Nicht Tausende, Millionen werden künftig nach Europa drängen.

Sicherheit vor Ort erhöhen

Am Rande der Krisen-Regionen sind Schutz- und Pufferzonen mit etlichen

Flüchtlingslagern mit einigen Millionen Insassen entstanden, welche seit langem darauf warten in ihre Heimat zurückzukehren. Das internationale Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist mit der Situation total überfordert. Dubiose Kriminelle aller Art nehmen die Flüchtlinge in den Lagern aus und schleppen sie unter deren Todesgefahr auf die verschiedenen Routen nach Europa.

Festung Europa

Leider ist es so, dass Europa nicht darum herum kommen wird, die sogenannte "Festung Europas" auszubauen. Wie ein EU-Aussengrenzschutz machbar ist, das zeigen die Massnahmen in den spanischen Exklaven Ceuta und Mellila. Die spanische Regierung hat bereits vor Jahren dort Grenzzäune hochgezogen.

Grundsatz Asylrecht und Quoten

Es ist nur noch eine Frage der Zeit bis das international verbriefte Asylrecht grundsätzlich in Frage gestellt wird. Wer hat noch ein Anrecht auf Asyl? Beispielsweise der junge Kriegsdienstverweigerer oder die verarmte Mutter mit zwei hungrigen Kleinkindern? Wer entscheidet wann das Boot voll ist, die EU, die nationale Regierung oder das Volk eines Landes? Wie sinnvoll sind Quoten zur Aufteilung von Flüchtlingen, wenn rücksichtslos die spezifisch kulturellen Umstände eines Landes ausser acht gelassen werden? Ohne Klärung einiger solcher Grundsatzfragen wird mittelfristig die Bürgerin und der Bürger nicht mehr der Regierung folgen und das Chaos wird weiter zunehmen und es wird zu Unruhen kommen. ●

Flüchtlinge: Auswirkungen auf die Kriminalität

Richard Benda, Präsident Vereinigung Kriminaldienst Österreich (VKÖ), Wien

Es sollte klar sein, dass Millionen von Flüchtlingen in Europa Auswirkung auf das Kriminalitätsgefüge haben. Welche Delikte könnten verstärkt auftreten? Werden die Auswirkungen flächen-deckend sein oder nur an Hot Spots? Wie wird die Situation in drei, fünf oder zehn Jahren sein? Eine Prognose:

71 tote Flüchtlinge in einem Kühl-lastwagen - die Welt ist schockiert. Polizisten dürfen auch in dieser Situation nicht emotionell reagieren, sie haben den Sachverhalt zu klären. Die gesamte Polizei unseres östlichsten Bundeslandes, vor allem das DVI-Team (Disaster victim identification) und die Tatortgruppen waren gefordert. Dass eine derartige humanitäre Katastrophe einmal passieren könnte, war voraussehbar. Oberst Gerald Tatzgern (BK) meinte schon anlässlich des VKÖ-Symposiums über Menschenhandel, dass die Methoden der Schlepper immer brutaler werden. Er sollte leider Recht behalten.

Kriminelle und Terroristen

Verwunderlich wäre es, wenn nur Menschen guten Willens ohne jeglichen kriminellen Background flüchten würden. Dass in dem Heer von Flüchtlingen das zurzeit Europa überschwemmt, auch Kriminelle und solche mit terroristischem Hintergrund dabei sind, ist unvermeidbar. Die Aussage von Premierminister Cameron, die er auf Grund von Erkenntnissen des britischen Geheimdienstes bei einem BBC-Interview machte, lässt aufhorchen. Unter 50 Asylanten sei ein Terrorist meinte Cameron. Auch Ungarn meldete schon die Festnahme eines Terroristen, der als Flüchtling getarnt einreisen wollte. In Deutschland gibt man sich noch theoretisch, obwohl man sich einig ist, dass die grenzüberschreitende Wanderungsbewegung ein Risikofaktor ist. Innenminister Thomas de Maiziere verlangt deshalb eine lückenlose Erfassung der Asylanten zwecks Terrorabwehr.

Detaillierter gibt sich da schon die deutsche „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“, welche die Auswirkung von Flucht und Migration auf Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität untersuchte. Ein Zusammenhang mit politischem Extremismus und Organisierter Kriminalität wurde eindeutig festgestellt. Für die Zeitschrift „Internationale Politik“, die sicher kein Boulevardblatt ist, spielt die illegale Einwanderung sogar die entscheidende Rolle im Terrorismus.

Schlepper

Zwischenzeitlich sollen bereits 10% der Häftlinge Schlepper sein. Österreicher sind unter den Schleppern eher die Ausnahme. Schlepper kommen aus allen Ländern die auf Flüchtlingsrouten liegen, es überwiegen aber Bulgaren, Ungarn, Türken und Afghanen. Soweit bekannt



Die EU-Grenzagentur Frontex teilte mit, dass vor allem Asylanten, die nur vorgeben aus Syrien zu kommen, von Fälschern mit falschen Dokumenten versorgt werden. © Bild: fotolia.de; Nr. 102585780; jamenpercry.

Aktuelle Auswirkungen der Massenflucht

Die ersten Veränderungen in den Kriminalstatistiken sind ebenfalls bereits sichtbar. Die Anzeigen wegen Schlepperkriminalität explodieren förmlich. 2'300 Täter sind in Deutschland nach dem Delikt, das hier Schleuserkriminalität genannt wird, angezeigt worden. Ähnlich die Situation in Österreich. Man braucht nur die Kriminalstatistik des BMI zu lesen um festzustellen wie sich die Anzahl der ermittelten Schlepper auch in Österreich erhöht hat, 2012 waren es 235, 2013 352 und 2014 bereits 511.

Die Anzahl der Täter ist nicht nur auf Grund der guten Arbeit der beiden Sonderkommissionen Schlepperei zurückzuführen, sondern natürlich auch auf die gestiegene Anzahl der Geschleppten und der Schlepper. Die Höchstzahl von ausgeforschten Schleppern, die wir 2006 erreichten, nämlich 864 wird 2015 voraussichtlich überschritten werden. Mehr ausgeforschte Täter führen auch zu mehr Arbeit für die Justiz. 1'104 Anzeigen 2014 und 1'522 bis September 2015 beschäftigen Österreichs Staatsanwälte in den letzten Monaten.

sind die Anwerber von „Kunden“ und die Hintermänner häufig in den Quellländern und aus dem Libanon. Die Zerschlagung einer europäischen Filiale führt daher in der Regel nur zu einer kurzfristigen Unterbrechung der Tätigkeit.

Fälschungen

Ein weiteres Delikt, dass erst in den letzten Wochen in Zusammenhang mit Flüchtlingen sichtbar wurde, ist Fälschung. Die EU-Grenzagentur Frontex teilte mit, dass vor allem Asylanten, die nur vorgeben aus Syrien zu kommen, von Fälschern mit falschen Dokumenten versorgt werden. Vor allem bei Flüchtlingen die über Bulgarien in den Westen einreisen, hat man gefälschte Dokumente festgestellt. Hit ist momentan die relativ einfache Fälschung griechischer Registrierungsbescheide, weil diese die Weiterreise in andere EU-Länder ermöglicht.

Die Palette der von Schleppern begangenen weiteren Delikte ist gross. Die Menschenhändler scheuen nicht vor Gewalt und Nötigung zurück, um ihre Transportkosten einzutreiben. Erpressung von Angehörigen ist gang und gebe. Nicht selten werden die Flüchtlinge auch in lebensbedrohenden Situationen alleinge-

lassen, ausgesetzt oder sogar ihr Tod in Kauf genommen. Jene 71 Opfer auf der A 4 bestätigen das grauenhaft. Die Bekämpfung des Schlepperwesens ist daher ausser Verbrechensbekämpfung auch ein humanitärer Akt.

Also: Schlepper = Täter, Flüchtling = Opfer. Leider ist das nicht immer so klar. Gut organisierte Schlepperbanden benützen immer wieder Flüchtlinge als Mittäter. Das heisst nicht, dass Flüchtlinge per se kriminell sind, sie sind eher Opfer, nicht selten aber Beides. Laut Kriminalstatistik des ersten Halbjahres 2015 sind von den zirka 120'000 Verdächtigen 45'000 Ausländer, davon wieder 6'546 Asylwerber (14,54%). Asylanträge stellen somit etwa 5,4% aller Verdächtigen.

Mittelfristige Auswirkungen der Immigration

Zehntausende in Bundesbetreuung befindliche Personen werden sich in den nächsten Jahren in Österreich legal aufhalten. Im Bereich der allgemeinen Kriminalität wird sich das voraussichtlich nicht mehr auswirken als normales Bevölkerungswachstum. Gewalt aus ethnischen, religiösen oder aus wirtschaftlichen Gründen untereinander ist aber wohl vorprogrammiert. Auch aus dem Grund weil ein Grossteil der Flüchtlinge diese Art der Konfliktregelung aus ihrer Heimat mitgebracht hat. Raufhandel zwischen Pakistanis und Afghanen, sowie Schlägereien in einem Massenquartier in Suhl zeigen, dass der Weg in diese unerfreuliche Richtung geht. Auf der anderen Seite werden Betrüger die Notlage der Asylanträge ausnützen.

Für die Sicherheit im Land eher problematisch wird aber die schwer abzuschätzende Anzahl abgelehnter Asylwerber die untergetaucht ist bzw. nicht abgeschoben werden kann, sein. Wer illegal ist und nur vegetiert, ist ein leichtes Opfer für Kriminelle aller Art, aber auch gefährdeter selbst kriminell zu werden.

Langfristiges Entstehen eines Prekariates

Es ist nicht absehbar wann die Konflikte in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu Ende gehen und sich die Asylanträge wieder zurückbegeben. Selbst wenn sich die Situation in einigen Jahren in diesen failing-states beruhigt, so wird ein Gutteil der Asylanträge nicht zurückkehren, weil ihr Herkunftsland wirtschaftlich am Boden liegt. Eine ganze Generation arbeitsfähiger Männer und ein Teil der Intelligenz fehlen auch zu einer Schaffung normaler Verhältnisse.

Wie sich die heute abzeichnende Völ-

kerwanderung in Jahrzehnten auf das Kriminalitätsgefüge auswirkt, kann nur hypothetisch beantwortet werden. In welcher ökonomischen Situation die Geflüchteten in ein-zwei Jahrzehnten sein werden, ist schwer vorauszusagen, weil es natürlich von der wirtschaftlichen Situation des Gastlandes abhängt. Wesentlich wird auch sein, ob eine Integration, Sozialisierung und Übernahme europäischer Werte gelingt. Die Meinung, dass Konflikte zwi-

die Slums im englischen Industriegürtel, die vorwiegend von Migranten und ehemaligen Flüchtlingen bewohnt werden. Der Frust, dass die Wünsche im Zielland nicht erfüllt werden, könnte zu sozialen Konflikten führen. Die Zahl jener die ihrer tristen Situation durch kriminelle Delikte zu entkommen versuchen, wird als Faktor einkalkuliert werden müssen. Es könnte eine Art Bodensatzkriminalität entstehen, die rein wirtschaftliche Ursachen hat.



Rund zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben offiziell in der Schweiz, was zirka 25% der Bevölkerung entspricht. Dazu kommen Hunderttausende von täglichen Grenzgängerinnen und Grenzgänger, eine unübersichtliche Anzahl von Flüchtlingen und illegale Aufenthalter. Niemand kennt die tatsächlichen Zahlen. © Bild: fotolia.de; Nr. 70772554; Urheber: Graphithèque

schen Einheimischen und Zuwanderern bei Verknappung von Ressourcen, Konkurrenz am Arbeitsmarkt und bei Bedrohung der heimischen kulturellen Identität, möglich sind, gehört zu den Szenarien die angedacht werden müssen.

Der deutsche Publizist Ulf Ulfkotte (Der Krieg in unseren Städten, Asylindustrie) beschreibt das Szenario einer völligen Destabilisierung Europas - eine eher unwahrscheinliche Zukunftsaussicht. Ebenso ist es wohl eine falsche Hoffnung zu glauben, dass die Zuwanderung zehn- und hunderttausender Menschen einer fremden Kultur und Religion friktionsfrei über die Bühne geht. Langfristig werden zwar Zeltstädte und belegte Turnhallen verschwunden sein, doch die Zusammenballung der ehemaligen Asylanträge an gewissen hot spots wird bestehen bleiben. Zwar wird sich ein Teil der Einwanderer etabliert haben und integriert sein, doch die Mehrheit könnte ein Proletariat bilden, das unter tristen wirtschaftlichen Verhältnissen leben wird. Das beste Beispiel dafür sind die Vorstädte in den französischen Grossstädten und

Auf Grund der Masse der Asylanträge wird es trotz aller Integrationsmassnahmen zu einer Ghettoisierung kommen. Wie aus internationalen Erfahrungen ableitbar ist, kommt es bei einer solchen zu einer segmentierten Sicherheit. Das heisst, es kommt zu abgeschotteten Vierteln der besitzenden (einheimischen) Bevölkerung mit relativer Sicherheit und daneben zu Entstehung von Slums mit hoher Kriminalität.

Resümee

Sicher wird es nicht zu einem gleichartigen Anstieg aller Delikte kommen, Veränderungen wird es vielmehr bei einzelnen Delikten und Deliktgruppen geben.

Dass sich das beschriebene Szenario nicht bewahrheitet, kann nur durch die Politik erreicht werden. Alleine der Gesetzgeber kann entsprechende humanitäre, logistische und sicherheitstechnische Konsequenzen setzen. Die Polizei, die mit den Problemen konfrontiert ist, kann auf die Gegebenheiten welche die Politik vorgibt, nur reagieren. ●

Strafurteilsstatistik: Langzeitbeobachtung des Rückfalls

Rund 38 Prozent einer Gruppe von Erwachsenen des gleichen Jahrgangs mit Schweizer Staatsangehörigkeit, die bereits einmal verurteilt worden waren, wurden langfristig ein zweites Mal verurteilt. Bei mehr als der Hälfte (51%) der Rückfälligen kam es zu einer dritten Verurteilung. Dies geht aus den Ergebnissen einer Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) über die kriminelle Laufbahn einer Kohorte von im Jahr 1966 geborenen Schweizerinnen und Schweizern hervor.

Je jünger diese Personen bei ihrer ersten Straftat waren, desto höher ist die Rückfallrate. Die Rate des ersten Rückfalls betrug 40 Prozent bei den Männern und 26 Prozent bei den Frauen. Bei der dritten Verurteilung ist dieser Unterschied jedoch nicht mehr auszumachen. Bei Personen, deren erste Verurteilung den Handel mit Betäubungsmitteln betraf, ist das Rückfallrisiko höher.

Je mehr Vorstrafen, desto höher die Rückfallrate

Von den Personen der untersuchten Gruppe wurden 8690 in den ersten zehn Jahren ihres Erwachsenenalters wegen eines Vergehens oder Verbrechens gegen das Strafgesetzbuch (StGB), das Strassenverkehrsgesetz (SVG) oder das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) verurteilt und ins Strafregister eingetragen.

Diese Gruppe wurde nach dem ersten Urteil durch ein Erwachsenengericht über einen Zeitraum von neun Jahren beobachtet. In diesem Zeitraum begingen 38 Prozent dieser Gruppe (3306 Personen) eine weitere Straftat, für die sie verurteilt und ins Strafregister eingetragen wurden.

Diese Gruppe von 3306 Rückfälligen wurde anschliessend während weiteren neun Jahren ab der zweiten Verurteilung

durch ein Erwachsenengericht beobachtet. In diesem Zeitraum begingen 51 Prozent von ihnen eine weitere Straftat, die zu einer dritten Verurteilung und einem dritten Strafregistereintrag führte.

Mit anderen Worten: Die Rückfallrate steigt mit der Zahl der ausgesprochenen Urteile (38% Rückfällige mit einer Vorstrafe und 51% Rückfällige mit zwei Vorstrafen).

Höhere Rückfallrate bei jungen Erwachsenen

Der Vergleich der Rückfallrate nach Alter der untersuchten Erwachsenen zeigt: Je jünger die Personen bei der ersten Straftat waren, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit einer zweiten und dritten Verurteilung. Bei den Personen, die ihre erste Straftat im Alter von 18 Jahren begangen haben, betrug die Rate des ersten Rückfalls 49 Prozent und jene des zweiten Rückfalls 57 Prozent. Wurden die Personen im Alter von 22 Jahren erstmals straffällig, sinkt die Rückfallrate auf 33 Prozent bzw. 43 Prozent.

Zweiter Rückfall: kaum Unterschiede nach Geschlecht

Die Männer sind sowohl bei den Ersttätigen als auch bei den erstmalig Rückfäll-

ligen übervertreten. Die Rate des ersten Rückfalls nach neun Jahren betrug 40 Prozent bei den Männern und 26 Prozent bei den Frauen. Nach einer zweiten Verurteilung war die Rückfallrate der Frauen hingegen leicht höher als die der Männer: Die Rate des zweiten Rückfalls betrug bei den Männern 51 Prozent, während sie bei den Frauen bei 53 Prozent lag.



Handel mit Betäubungsmitteln erhöht Rückfallwahrscheinlichkeit

Die Raten des ersten und des zweiten gesamthaften Rückfalls waren bei den Erwachsenen, deren kriminelle Laufbahn mit der Begehung einer Straftat gegen das BetmG begann, höher (52% bzw. 61%) als bei den Personen, deren Erstverurteilung eine Straftat gegen das StGB (39% bzw. 54%) oder das SVG (38% bzw. 48%) betraf. Eine Verurteilung wegen Handels mit Betäubungsmitteln zu Beginn der kriminellen Karriere erhöht somit die Rückfallwahrscheinlichkeit.

Strassenverkehrsdelinquenz: drei von vier Rückfällen erneut im Strassenverkehr

Bei einem Referenzurteil aufgrund eines Vergehens oder Verbrechens gegen das SVG betrafen drei von vier Rückfällen erneut dieses Gesetz (spezifischer Rückfall). Bei einem Referenzurteil aufgrund eines Vergehens oder Verbrechens gegen das BetmG zeigt sich hingegen bei den nachfolgend begangenen Straftaten ein sehr unterschiedliches Tatverhalten (nur gut jeder dritte Rückfall betrifft erneut das BetmG).

Langzeitbeobachtung des Rückfalls

Die Unterscheidung von Erstverurteilten und Rückfälligen wird nach dem Modernisierungsprogramm der Kriminalitätsstatistik in der erneuerten Strafurteilsstatistik (SUS) jederzeit möglich sein. Heute ist dies nur anhand der Untersuchung einer Geburtskohorte möglich, deren gesamte gerichtliche Laufbahn anhand der Statistik erstellt werden kann. Aus diesem Grund hat das Bundesamt für Statistik (BFS) mit dieser Publikation die Möglichkeiten der neuen Statistik vorweggenommen und basierend auf einem chronologischen Ansatz eine Rückfallstudie ausgearbeitet, die einen schweizerischen Geburtsjahrgang verfolgt. Damit legt das BFS eine Langzeitanalyse vor, mit der die Elemente besser herausgearbeitet werden, die die Rate des ersten und des zweiten Rückfalls beeinflussen.

Expo 2017 in Astana: Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Die Weltausstellung Expo 2017 wird im Sommer 2017 in Astana, der Hauptstadt von Kasachstan stattfinden. Sie ist anerkannt vom Bureau International des Expositions (BIE), dem gemeinsamen internationalen Ausschuss zur Gestaltung und Ausschreibung von Weltausstellungen. Es ist das erste Mal, dass eine Weltausstellung in Kasachstan stattfinden wird. Kasachstan erklärte seine Bereitschaft, die EXPO 2017 in Astana auszurichten, auf der 147. Mitgliederversammlung des BIE am 1. Juli 2010 in Paris. Andere an einer Ausrichtung interessierte Städte hatten daraufhin sechs Monate Zeit, ebenfalls ihre Kandidatur zu erklären. Diese Möglichkeit nutzte nur Lüttich in Belgien. Die Entscheidung zugunsten von Astana traf das BIE am 22. November 2012 in Paris.

Die Schweiz in Astana dabei

Die Schweiz hat am 21. Januar 2016 mittels eines Teilnahmevertrags mit der Expo Astana 2017 den Entscheid des Bundesrats vom 22. April 2015 gegenüber den Organisatoren der Ausstellung formell bestätigt.

Die erste Expo Zentralasiens hat die „Neuen Energien“ zum Thema. Entsprechend sind die teilnehmenden Staaten angehalten, sich mittels ihrer Projekte mit zentralen Herausforderungen wie der

Das Thema

Als Thema für die Expo 2017 wurde Future Energy: Action for Global Sustainability (Energie der Zukunft: Massnahmen für weltweite Nachhaltigkeit) gewählt. Dabei soll die ausreichende und gesicherte Versorgung mit Energie in Entwicklungsländern genauso thematisiert werden wie der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien. Beim Thema "Energie der Zukunft" handele es sich um die "grösste Herausforderung, der die Menschheit heute gegenübersteht".

Energieexperten der ganzen Welt werden auf der Expo 2017 in Kasachstan die nächsten Etappen der globalen Energiepolitik diskutieren. Die Weltausstellung soll gleichzeitig den westeuropäisch-kasachischen Wirtschaftsbeziehungen einen kräftigen Schub geben.

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das Organisationskomitee in Astana rechnet mit 5 Millionen Besuchern der EXPO 2017. Die bisherigen Planungen versprechen den Besuchern eine eindrucksvolle Fiktion der zukünftigen Lebensweise der Menschen auf der Erde die in fünf Themenbereiche gegliedert werden. Dabei wird das gesamte EXPO-Gelände unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten konzipiert

Kasachstan investiert knapp 500 Millionen Euro für das Ausstellungsgelände, auf dem im Anschluss an die Expo ein neuer Stadtteil von Astana mit weiteren Investitionen in Höhe von rund zwei Milliarden Euro errichtet werden soll.

Trotz seines fossilen Reichtums an Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und anderen Rohstoffvorkommen thematisiert Kasachstan den Übergang auf erneuerbare Energieträger. Für Unternehmen aus Westeuropa - etliche Länder gehören zu den rund 65 Ausstellern - geht es allerdings nicht nur um Energiepolitik, sondern auch um den forcierten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, die unter dem aktuellen Öl-



Astana bedeutet auf Deutsch „die Hauptstadt“. Angeblich wurde dieser Name gewählt, weil er historisch und politisch unbelastet ist, gut klingt und das nicht nur in der Staatssprache, sondern in vielen Sprachen der Welt. Die Einwohnerzahl beträgt rund 850.000. © Bild: Hans-Ulrich Helfer

preisverfallenden. Vor allem deutsche und österreichische sowie schweizerische Firmen können mit Aufträgen rechnen.

Für Kasachstan selbst bietet vor allem die Windenergie die meistversprechende Alternative zu den fossilen Arten. Bis 2050 soll die Windenergie mindestens fünfzig Prozent des gesamten Energieaufkommens des Landes decken. Aber auch auf Strom aus Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken wird Kasachstan nicht verzichten.

Kasachstan - Garant für Stabilität und Sicherheit

Kasachstan wird seit mehr als einem Vierteljahrhundert von Präsident Nursultan Nasarbajew regiert und gilt als stabiles Land. Die Stabilität ist für Wirtschaftstreibende aus dem Westen ein wichtiges Kriterium im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken.

CO₂-Reduktion, der Energieeffizienz und der Energieversorgung auseinanderzusetzen.

Der Bundesrat hat am 22. April 2015 die Teilnahme der Schweiz an der Expo 2017 beschlossen und einen entsprechenden Kredit von CHF 4.7 Mio. gesprochen, wobei CHF 1.55 Mio. von Sponsoren finanziert werden sollen. Der Bundesrat hat Präsenz Schweiz damit beauftragt, den Schweizer Pavillon für die Expo Astana 2017 zu gestalten.

Am Rande des WEF 2016 in Davos hat die Schweiz ihre Teilnahme an der nächsten Weltausstellung formell bestätigt. In der Gegenwart von kasachischen Vertretern hat Manuel Salchli, Generalkommissär des Schweizer Pavillons Expo 2017 Astana, den Teilnahmevertrag unterzeichnet.

(Quellen: Wikipedia, EDA-Mitteilung vom 21.01.16, und andere) ●

News aus der eidgenössischen Verwaltung

Personenfreizügigkeit

Am 1. Juni 2016 fallen die Übergangsbestimmungen der Personenfreizügigkeit für Staatsangehörige von Bulgarien und Rumänien weg. Der Bundesrat hat die Teilrevision der entsprechenden Verordnung verabschiedet. Für den Zeitraum bis zum 31. Mai 2019 kann die Schweiz nun gemäss Freizügigkeitsabkommen für Angehörige der beiden Staaten noch Kontingente erlassen, sofern die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien einen gewissen Schwellenwert überschreiten sollte.



um 1.17 Millionen Franken im 2015 ist insbesondere auf die Schlusszahlung eines im 2011 verursachten zivilen Personenschadens von 1.28 Millionen Franken zurückzuführen.

Fliegerabwehr

Ende Februar hat das VBS mitgeteilt, dass eine Expertengruppe einen Grundlagenbericht zur Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges erstellen wird. Eine wirkungsvolle Luftverteidigung umfasst aber noch weitere Elemente, so insbesondere auch die bodengestützte Luftverteidigung (BOD-LUV). Um der Komplexität der Gesamtzusammenhänge gerecht zu werden, hat der Departementsvorsteher des VBS angeordnet, das Projekt BOD-LUV vorläufig zu sistieren, bis eine vollständige Übersicht der gesamten Luftverteidigung vorliegt.

Gegen Kriminalität

Die Schweiz und Montenegro haben in Podgorica ein bilaterales Abkommen zur Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität unterzeichnet. Das Abkommen vereinfacht den Informationsaustausch und die Durchführung von polizeilichen Ermittlungen durch die Schweizer Strafverfolgungsbehörden.

setzt; gewisse Änderungen im Jugendstrafrecht treten bereits am 1. Juli 2016 in Kraft.

Armee Dienstage

Die Angehörigen der Schweizer Armee leisteten im vergangenen Jahr 5,79 Millionen Dienstage, rund 50'000 Dienstage weniger als 2014. Diese Verringerung resultiert vor allem aus den tieferen Einrückungsbeständen bei den Fortbildungsdiensten der Truppe. 207'140 Dienstage wurden in Einsätzen und für Unterstützungsleistungen erbracht. Die Truppenaufwände beliefen sich auf 204,3 Millionen Franken. Gut die Hälfte davon, 115 Mio. Franken, betrifft Sold und Verpflegung.

Sie umfasst Vertreter aller vier Bundesratsparteien, der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, von Swissmem, des EDA, des EFD und des WBF sowie Vertreter von VBS und Armee.

Ausländerstatistik

Im Jahr 2015 sind netto 9,4 % weniger Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz eingewandert als 2014. Es ist das zweite Jahr in Folge, in der sich diese Tendenz zeigt. Der Wanderungssaldo beträgt 71'495 Personen. Ende 2015 lebten 1'993'916 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. 68 % der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung stammten aus den EU-28/EFTA-Staaten.

Geldstrafe

Die Geldstrafe behält den Vorrang vor der Freiheitsstrafe und ist auch weiterhin in bedingter Form zugelassen. Um den Täter von der Begehung weiterer Taten abzuhalten, sind neu aber auch kurze Freiheitsstrafen möglich. Diese können auch bedingt ausgesprochen werden. Zudem wird die Vollzugsform des Electronic Monitoring gesetzlich verankert. Der Bundesrat hat diese und weitere Änderungen des Strafgesetzbuches auf den 1. Januar 2018 in Kraft ge-

Neue Kampfflugzeuge

Der Chef VBS hat eine Gruppe eingesetzt, die sich mit der Evaluation und Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges befassen wird. Präsiert wird die Begleitgruppe durch Alt-Ständerat Hans Altherr.

Schadenfälle im VBS

Im 2015 konnte die Anzahl der Schadenfälle um 125 auf total 7460 reduziert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 13.87 Millionen Franken. Der Anstieg der Kosten

Diensttauglich

Im Jahr 2015 wurden in den Rekrutierungszentren der Schweizer Armee insgesamt 38'179 Stellungspflichtige abschliessend beurteilt. 24'305 von ihnen sind tauglich für den Militärdienst und 4'461 für den Zivildienst.

Blindgänger

Die Blindgängermeldezentrale der Schweizer Armee hat im letzten Jahr aufgrund von 523 Meldungen 1960 Objekte beseitigt, darunter 187 Blindgänger. Die Zahl der Meldungen wie auch die Zahl der geräumten Objekte ging damit gegenüber dem Vorjahr zurück.

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

Layout, Website
Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise
Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Preise, Unterstützung
Website: www.nd-ticker.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 80-9017-3:
IBAN: CH55 0900 0000 8000 9017 3
Vermerk: „nd-ticker“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Presdok AG

Analyse, Beratung, Dokumentation

www.presdok.ch